



**11. ordentlicher Parteitag  
14. und 15. Dezember 1991.  
Hagen, Stadthalle.**

R E D E

des

Landesvorsitzenden

J o h a n n e s   R a u

Liebe Freunde,

wenn man auf einen Landesparteitag geht und wenn man einen Bericht zu geben hat, dann geht einem vieles durch den Sinn, was man erzählen möchte, von dem, was man geleistet hat, man wird auch von dem reden müssen, was man noch nicht geschafft oder gar von dem, was man verfehlt hat. Wenn ich zurückdenke an unseren letzten Bundesparteitag am 18. Nov. 1989 in Köln als Stefan Hilsberg für die SDP uns ein Grußwort sagte. Und wenn ich mir dann die Welt heute ansehe, da wir soeben das Grußwort des brandenburgischen Landesvorsitzenden gehört haben, dann frage ich mich - 757 Tage, 108 Wochen sind das, 25 Monate - hat es je in der Zeit, die ich überblicken kann, eine Phase gegeben, in der die Welt sich so grundlegend verändert hat wie in diesen zwei Jahren. Damals in Köln hatten wir vor Augen noch die Bilder ostdeutscher Flüchtlinge in der Botschaft in Prag und in Budapest. Heute lesen wir die Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung "Letzter DDR-Botschaftsflüchtling in Moskau". Was ist das für eine Spanne! Wenn wir uns das ansehen, wie es aussieht in Cottbus, in Frankfurt a.d.O., hier in Duisburg, in Minden oder in Wuppertal: Wir leben und arbeiten im gleichen Land wie damals, aber wir leben in einer anderen Welt.

Was jahrzehntelang unumstößlich zu sein schien, ist auf dem Müll der Geschichte gelandet. Was jahrzehntelang eine unerreichbare Utopie zu sein dünkte, ist Wirklichkeit geworden. Wir haben seit 1989 vielleicht die beglückendsten Jahre der europäischen Geschichte in diesem Jahrhundert erlebt, und wir wissen doch, die kommenden Jahre werden mit Sicherheit zu den schwierigsten gehören. Das Tempo der Veränderungen ist atemberaubend. Es hat die kühnsten Zukunftsentwürfe überholt. Aber neben Freude und Hoffnung, die gewachsen sind, wuchern auch Unsicherheit und Sorgen. Unsere Verantwortung ist gewachsen, aber viele wissen noch nicht, wie wir ihr gerecht werden sollen.

Wir spüren jeden Tag deutlicher: Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wird uns mehr abverlangen als der Kalte Krieg uns abverlangt hat. Aber wir machen uns noch zu wenig klar, was das praktisch bedeutet.

Jeden Tag kann man es jetzt schon erleben. Das Ende des Ost-West-Konfliktes, des ideologischen Konfliktes, der Konfrontation, das Ende des Kommunismus ist nicht das Ende der Konflikte in Europa. Da brechen eruptiv alte Probleme wieder auf, die waren Jahrzehnte lang unterdrückt oder geleugnet worden, ob in der bisherigen Sowjetunion, in Jugoslawien oder Rumänien. Überall lauert die Gefahr, daß der Nationalismus das Vakuum füllt, das die Kommunisten hinterlassen haben. Wer sich die Landkarte in Europa ansieht, der stellt fest, es gibt kein Land ohne ethnische oder nationale Minderheiten. Manchmal kann man den Eindruck bekommen, daß wir im Westen und im Osten nicht in der gleichen Zeit leben. Wir sind in West-Europa auf dem wahrlich mühsamen Weg, den Nationalstaat zu überwinden, zur politischen Union zu finden. Aber in der Mitte, im Osten und im Südosten Europas erleben wir, daß Vielvölkerstaaten zusammenbrechen. Wir erleben den Rückfall in Nationalismus, Separatismus und Chauvinismus in seinen schlimmsten Formen. Das bringt unendliches Leid über viele einzelne. Da werden Wunden geschlagen, die werden erst in Jahrzehnten verheilen und werden lange Zeit Narben hinterlassen.

Wie es weitergeht in der früheren Sowjetunion und im Osten und im Südosten Europas, das hängt wesentlich davon ab, wie sich der Westen verhält. Der Krieg in Jugoslawien hat bis jetzt 6.000 Menschen gekostet, 50.000 Verletzte, 600.000 Flüchtlinge. Wer sich ansieht, wie die Europäische Gemeinschaft darauf reagiert und welche Handlungsmöglichkeiten sie hat: Jugoslawien ist kein Ruhmesblatt für europäische Außenpolitik.

Wir werden viel Geld investieren müssen, aber es geht um mehr als um Geld. Unsere Erfahrung aus den neuen Ländern - und Steffen Reiche hat eben aus Brandenburg erzählt - ist doch: Wir brauchen Strukturen in der öffentlichen Verwaltung, im privaten Management, im Verkehrsbereich, in der Telekommunikation, im Bildungswesen. Nur dann sind sinnvolle Investitionen möglich.

Das heißt technisch-wissenschaftlicher Austausch, Ausbildung, Umschulung, Wissenstransfer, Logistik. Die sind mindestens so wichtig wie neue Kredite. Wer sich die regionale Verteilung der Rohstoffvorkommen auf der Welt ansieht, der weiß, die bisherige Sowjetunion ist kein armer Teil dieser Erde. Ganz im Gegenteil, fast könnte man sagen, das ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft seinen Beitrag dazu leisten, daß sich diese Möglichkeiten entfalten können. Wir sind seit langem nicht nur in der Sowjetunion, sondern in anderen Ländern Mittel-, Ost- und Südeuropas engagiert: In Bulgarien, in Polen, in Rumänien, in der CSFR und in Ungarn. Ich will ein paar Beispiele nennen:

Wir geben Zuschüsse für Hilfsgütertransporte und jeden Tag kommen neue Anfragen. Bisher haben wir 130 Initiativen in Nordrhein-Westfalen mit Tausenden von Helfern unterstützt.

Wir leisten medizinische Hilfe, Hilfe in humanitären Einzelfragen. Wir machen Managementschulung für Unternehmensvertreter. Wir helfen beim Aufbau leistungsfähiger Verwaltungen. Wir geben unsere Erkenntnisse weiter beim Aufbau von Krankenversicherungssystemen und von Umweltämtern. Wir leisten praktische Hilfen für Kinderheime in Rumänien. Wir haben Zusammenarbeit im Schulbereich, beim Kulturaustausch, beim Aufbau einer demokratischer Polizei. Wir wissen, die neuen Demokratien stehen vor Aufgaben, die sie nur mit massiver Unterstützung der westlichen Industrieländer bewältigen können. Nur wenn den Menschen deutlich wird, daß wir uns praktisch um sie kümmern und daß sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage dauerhaft verbessert, nur dann ist der Prozeß der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Gesundung wirklich sicher und nur dann wird er unumkehrbar. Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Verantwortung. Unsere Anstrengungen gehen weit über das hinaus, was andere Länder tun. Aber das, was dringend nötig ist kann kein Land allein leisten. Was wir aber tun können, was wir getan haben und was wir weiter tun wollen, das ist Anstöße zu geben und beispielhaft zu zeigen, wo sinnvolle Hilfe ansetzen muß.

Freilich, internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit im eigenen Land: Das sind zwei Seiten einer Medaille. Wir können nur dann erfolgreich anderen helfen, wenn wir bei uns zuhause weiter glaubwürdig für eine solidarische Gesellschaft arbeiten. Vor wenigen Tagen, es ist daran erinnert worden, haben wir 25 Jahre sozialdemokratisch geführte Landesregierung gefeiert. Ich will daran erinnern, damals 1966 im Juli haben wir nicht nur die Basis geschaffen für diese 25 Jahre, sondern, da greife ich Dieter Mahlbergs Grußwort auf, wir haben in der damaligen Zeit ein Stoppschild für die NPD gesetzt in Nordrhein-Westfalen, die war schon in neun Landtagen. Wir haben sie hier gestoppt, wir haben uns erwiesen als diejenigen, die wegen ihrer mündigen Bürgerschaft nicht anfällig sind für nationalistische Parolen.

Wie war die Situation damals im Bund und im Land? Da hatten wir in der Bundespolitik die erste Zäsur - politisch und ökonomisch - der Nachkriegszeit. Die Konservativen in Bonn waren mit ihrem Latein am Ende. Die Sozialdemokraten brachten frischen Wind in die deutsche Politik. Wir sind den Weg praktischer Reformen gegangen, wir haben den Weg in die damals von Ludwig Erhard angekündigte formierte Gesellschaft verhindert.

In Nordrhein-Westfalen war eine tiefe Krise im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie. Die konservativ-liberale Koalition war nicht mehr handlungsfähig. Heinz Kühn, den wir von hier aus herzlich grüßen und dem wir für seine Lebensleistung danken, Heinz Kühn und mit ihm die Sozialdemokraten waren damals mit 49,5 % die bestimmende politische Kraft im Land geworden. Die Regierungsübernahme am 8. Dezember war die logische Konsequenz dieser Entwicklung.

Damals, 1966, hat sich gezeigt: Die SPD ist keine Schönwetterpartei. Wir Sozialdemokraten sind gerade dann gefragt und gefordert, wenn die Zeiten wirtschaftlich und politisch besonders schwierig sind. Wir sind dann gefordert, wenn die Politik des "weiter so" am Ende ist. Wir sind gefordert, wenn es um eine

Politik praktischer Reformen geht, im Interesse der Mehrheit der Menschen. Wir haben in diesen 25 Jahren bewiesen: Es ist möglich, den wirtschaftlichen Strukturwandel, auch schwere Strukturkrisen, politisch so zu gestalten, daß daraus im Laufe der Zeit, in harter geduldiger Arbeit, eine moderne Industrie- und Dienstleistungsstruktur entsteht. Wir haben Liberalität bewahrt, auch in schwierigen Zeiten. Wir haben niemanden in unserer Gesellschaft ausgegrenzt oder beiseite geschoben. Wir haben in der Umweltpolitik und in der Energiepolitik nicht nur gute Programme formuliert, sondern wir haben gehandelt, für alle sichtbar. Wir haben ein solides Fundament geschaffen. Dabei hat sich unser Land in diesen 25 Jahren in einem Maße verändert, das wir uns bei diesem Landesparteitag noch einmal vergegenwärtigen müssen.

1966 waren die beschäftigungsstärksten Branchen in Nordrhein-Westfalen der Bergbau auf Platz 1, der Maschinenbau auf Platz 2, die eisenschaffende Industrie folgte darauf. 1990 steht der Maschinenbau auf Platz 1, die elektrotechnische Industrie auf Platz 2 und die chemische auf Platz 3, was die Beschäftigung angeht. Beim Umsatz ist die chemische Industrie auf Platz 1, der Maschinenbau auf 2 und Nahrung- und Genussmittelhersteller auf Platz 3. Ich denke diese Zahlen, liebe Freunde, sind der Ausdruck des gewaltigen Strukturwandels in diesen 25 Jahren, den die Menschen mitgetragen haben, auch wenn das oft nur schwer zu ertragen war.

Damals arbeiteten 39.6% aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor, dagegen waren es im vergangenen Jahr 55.3%.

In keinem Bereich haben wir in den vergangenen 25 Jahren soviel investiert wie in Bildung und Wissenschaft. Die Zahl der Schüler an weiterführenden Schulen ist um rd. 75% gestiegen. Damals gab es 8% der Schulabgänger, die das Abitur erreichten, jetzt sind es fast 30%. Mitte der 60er Jahre, als Heinz Kühn Ministerpräsident wurde, gab es im Ruhrgebiet 2.000 Studenten, die wohnten alle Rheinlandkamm 200 in Dortmund und studierten alle Pädagogik. Heute gibt es 13 Hochschulen und rd. 150.000 Studenten allein im Ruhrgebiet. Die Zahl der Studenten der Ingenieurwissenschaften, da wo es um Zukunftsgestaltung geht, hat sich vervierzehnfacht.

Damals gab es 256.000 Kindergartenplätze, heute sind es 440.000. Und 1995 wollen wir, daß 90% aller Kinder einen Platz finden können.

Die ökologische Erneuerung ist auf einem guten Weg. Die Schwefeldioxidbelastung im Rhein-Ruhrgebiet liegt heute bei 13% dessen, was es damals gab, ein Rückgang von fast 7/8. Der Rhein verläßt Nordrhein-Westfalen im Norden sauberer als er im Süden in das Land hineinfließt. Nordrhein-Westfalen ist das Sport- und Kulturland Deutschlands. Das zeigt nicht nur der Blick auf die Tabellenspitze der Bundesliga. Die Zahl der Sportanlagen hat sich in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt. Von 20.000 auf 37.000. Wir haben eine Museumslandschaft von europäischem Rang; heute dreimal so viel Museen wie damals. Die Zahl der öffentlichen Theater hat sich verdoppelt, das sind nur einige Beispiele. Das hat natürlich nicht nur mit sozialdemokratischer Regierungskunst zu tun, aber von alleine oder gar gegen uns ist das nicht entstanden in den vergangenen 25 Jahren.

Und wie der Oberbürgermeister von Hagen und wie Wilfried Kramps denke ich natürlich auch 35 Jahre zurück, als der Hagener Fritz Steinhoff der erste sozialdemokratische Ministerpräsident wurde. Er hat in nicht mehr als zwei Jahren neue Akzente in Schule und Bildung und Forschung und Wohnungsbau gelegt.

Laßt mich einen Sprung machen: Vor gut einem Jahr wurde staatsrechtlich die deutsche Einheit vollendet. Aber Monat für Monat wird deutlich, die Vollendung der staatlichen Einheit, die war nur der Beginn, der Beginn eines langen Weges. Die wirtschaftliche, die soziale, die ökologische Einheit Deutschlands ist längst nicht geschaffen und es wird auch ständig, jeden Tag deutlicher: Fast alle

Prognosen und Voraussagen bis ins Frühjahr dieses Jahres waren zu optimistisch und waren Makulatur, sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Aufgabe ist größer, sie wird mehr Kraft in Anspruch nehmen, als auch heute noch viele glauben. Das allein ist schon eine Aufgabe, die einen Großteil unserer Möglichkeiten beansprucht, und wir können es uns ja gar nicht leisten, deutsche Nabelschau zu betreiben. Wir wissen ja, viele unserer europäischen Nachbarn, von den Menschen in anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen, beneiden uns und beneiden die Menschen in den neuen Ländern der Bundesrepublik um ihre Situation.

Ich habe davon gesprochen, daß der Aufbau einer neuen Gesellschaft im östlichen Teil Europas nur mit massiver westlicher Hilfe gelingen kann. Das ist übrigens auch in unserem eigenen Interesse. Denkt nur an die wachsende Zahl von Menschen, die zu uns kommen auf der Flucht vor Hunger, vor Arbeitslosigkeit, vor Bürgerkrieg und vor Gewalt. Im neuesten Bericht des Club of Rome steht: "Schon heute sind 1,3 Milliarden Menschen, also über 20 % der Weltbevölkerung ernstlich krank oder unterernährt". Da liegen doch die Ursachen für die weltweiten Fluchtbewegungen. Europa und die Bundesrepublik Deutschland sind davon bisher im Weltmaßstab gesehen weniger betroffen als andere.

Wer unkontrollierte Zuwanderung verhindern will, der muß die Ursachen bekämpfen, der muß Hunger bekämpfen, Armut, Bürgerkrieg und Gewalt. Nur so kann man das Problem lösen.

Es stimmt, wir brauchen Änderungen im Asylverfahrensrecht. Wir brauchen schnellere Entscheidungen, auch im Interesse der betroffenen Menschen. Aber wer den Eindruck erweckt oder auch nur entstehen läßt ein Gesetzesvorbehalt zu Art. 16 Grundgesetz, löse das Flüchtlingsproblem, der täuscht sich selber noch mehr als andere.

Auch im kommenden Landeshaushalt steht viel, viel Geld für Asylbewerber, für Defacto-Flüchtlinge. Einige glauben, sie könnten den Haushalt an dieser Stelle sanieren. Das ist aus vielen Gründen ein Irrtum. Diese Zahlen sind nämlich Ausdruck einer fehlenden Flüchtlingspolitik, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch auf europäischer Ebene. Wir zahlen im Landeshaushalt für diese Versäumnisse. Ich wünsche mir eine Politik, die kurz und mittelfristig nicht billiger ist, aber humaner ist, weil sie das Geld im Interesse der Betroffenen richtiger und sinnvoller einsetzt. Wir brauchen Informationen und Aufklärung, wir müssen werben um Verständnis und um die Bereitschaft zum Teilen in Weltmaßstab.

Wir müssen übrigens auch neue Möglichkeiten schaffen für persönliches Engagement. Wir fördern in Nordrhein Westfalen mit dem "Konkreten Friedensdienst" seit einigen Jahren junge Leute, die etwas für die 3. Welt tun wollen. Auch angesichts der kommenden Entwicklung, was den Wehrdienst angeht, was die Reduzierung der Streitkräfte angeht, ich weiß, es gibt den Ruf nach einem Berufsheer. Sozialdemokraten haben in ihrer langen Geschichte sich immer für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen, weil sie keinen Staat im Staate wollten. Aber ich frage angesichts der kommenden Entwicklung: Lohnt es nicht darüber nachzudenken, ob wir nicht ein deutsches oder besser noch ein europäisches Friedenscorps brauchen, als Alternative zum Wehrdienst und zum Zivildienst, wie ihn heute viele kennen. In den Kinderheimen in Westrumänien, für die wir die Hilfe organisieren, sind Woche für Woche hunderte von Helferinnen und Helfer aus Nordrhein Westfalen.

Das zeigt doch: Die Bereitschaft mitzutun ist groß. Wir müssen jungen Leuten zusätzliche Möglichkeiten schaffen, mit anzupacken. Wir brauchen doch diese Hilfe weltweit.

Jede Mark, die ausgegeben wird, und Flüchtlingen aus Osteuropa oder aus Ländern der 3. Welt bei uns den Lebensunterhalt zu sichern, kann ein Vielfaches an Wirkung erzielen, wenn sie in der Heimat dieser Menschen investiert werden. Darum machen wir das Integrationsprogramm für die Roma in Mazedonien. Wir kümmern uns übrigens nicht nur um die, die zu uns gekommen sind, sondern um alle Roma,

die schon seit Jahrhunderten in Skopje leben. Wir möchten an einem beispielhaften Projekt den Kreislauf von illegaler Einwanderung und Abschiebung unterbrechen.

Einige haben das kritisiert, manche haben das verleumdet, da war von Deportation die Rede, jetzt wächst die Zustimmung und wir hören sogar neue Töne von der CDU und von den Grünen. Es wird immer deutlicher: Es gibt keine humane Alternative zu diesem Konzept, weder praktisch noch rechtlich.

Wir suchen die Partnerschaft mit dem vom Bürgerkrieg hoffentlich auch in Zukunft verschonten Macedonien und wären froh, wenn viele in unserem Land uns dabei unterstützten. Es hängt vom Erfolg dieses Projektes ab, ob die heute dort lebenden 40.000 Roma eine Perspektive sehen da zu bleiben, oder ob die sich auch auf den Weg machen. Aber jedem ist klar, diese Politik kann Nordrhein-Westfalen nicht allein packen. Hier ist neben der Bundesregierung die Europäische Gemeinschaft gefragt. Ich erinnere Euch noch einmal an die Fernsehbilder aus dem Hafen von Bari. Wer vermeiden will, daß die Szenen im Hafen von Bari zum europäischen Alltag werden, der muß dafür sorgen, daß die europäischen Regierungen sich darauf verständigen, Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht Flüchtlinge.

Wir haben mit dem Haushalt die Konsequenzen gezogen aus den völlig veränderten Rahmenbedingungen und aus der finanzpolitischen Schieflage zwischen dem Bund auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite. Aber ich muß dem Landesparteitag zusätzliche finanzpolitische Risiken auflisten: Den Fonds deutsche Einheit und seine Verstärkung, die Treuhandanstalt, die Hermesbürgschaften, die Reichsbahn, die Entschädigung für die Enteignung in der DDR, die Altlasten in Ostdeutschland, soziale Flankierung der Reform des § 218, den Umzug nach Berlin. Wir wissen, all diese Risiken werden sich über kurz oder lang auch in den Haushalten der Länder und Gemeinden auswirken. Das macht uns nicht frei von der Pflicht unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu erfüllen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß unsere Finanzpolitik solide bleibt.

Es geht ja um politische Gestaltung auch dann, wenn die finanziellen Spielräume enger bleiben. Politik darf sich nicht auf jährliche Zuwächse der Haushaltsansätze reduzieren. Politikfähigkeit beweist sich an der Kraft auf Veränderungen zu reagieren, umzusteuern, Zeichen zu setzen.

Politikfähigkeit ist aber auch Kontinuität und Glaubwürdigkeit. Jetzt bestätigt sich ganz handfest, daß es richtig war, in der Regierungserklärung am 15. August vergangenen Jahres nur einige wenige Schwerpunkte zu nennen. Ich bin froh, daß ich heute nichts zurückzunehmen brauche, was ich in der Regierungserklärung am 15. August gesagt habe. Das gilt für alle inhaltlichen Punkte.

Wir haben uns drei große Aufgaben vorgenommen, und die sind die Schwerpunkte des nächsten Haushaltes: Neue Plätze in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, neue, vom Land geförderte, Wohnungen und deutlich mehr Mittel für die Politik für alte Menschen.

Wir können heute schon sagen, in diesen Bereichen tun wir nicht nur das, was wir angekündigt haben. Wir tun mehr. Angekündigt in der Regierungserklärung: 100.000 Kindergartenplätze, jetzt haben wir beschlossen die finanziellen Rahmenbedingungen für 125.000. Angekündigt: 27.000 geförderte Wohnungen im Jahr, 1991 sind es schon weit über 30.000.

Ausbau der ambulanten Altenpflege und der Kurzzeitpflege: 2.700 neue Pflegeplätze. Die Mittel zur Umsetzung des 2. Altenhilfeplans steigen um fast 50% gegenüber dem Vorjahr, nachdem sie vorher um 30% gestiegen waren.

Aber wer Schwerpunkte setzt, muß bei anderen Aufgaben zurückstecken, und jeder von uns hat die Erfahrung gemacht: Wer nur für Prioritäten plädiert, kommt sehr schnell auf eine gute Sozialpolitik von 150%, die er ausgibt. Wir sind diesen Weg, die Landesregierung und die Landtagsfraktion, nicht

gegangen. Wir hätten gerne in manchen Bereichen mehr getan. Das ging nicht, weil dann eine noch höhere Neuverschuldung entstanden wäre, und die halten wir nicht für verantwortbar. Aber eine Landesregierung, die das muß und will, kann für sich in Anspruch nehmen: Wir halten, was wir versprochen haben. Das kann wahrlich nicht jede Regierung von sich sagen. Wir sagen den Bürgern unseres Landes deshalb ganz offen, zusätzliche Ansprüche an den Landeshaushalt sind im Moment, und auf mittlere Sicht, nicht zu finanzieren.

Aber ich wiederhole: Reformpolitik, Politik praktischer Reformen in einer Zeit neuer Herausforderungen, das ist mehr als Geldausgeben. Wir sind in vielen wichtigen Bereichen inzwischen die Impulsgeber für eine zukunftsgerichtete Politik, weit über Nordrhein-Westfalen hinaus. Wir haben in wichtigen Fragen eine Führungsrolle übernommen. Es war die SPD in Nordrhein-Westfalen, die auf dem Bundesparteitag in Bremen für den Beschluß gesorgt hat, der deutlich macht: Sozialdemokraten wollen ein föderales Europa, ein Europa mit starken Regionen und nicht ein Europa der Konzerne und der Bürokratien.

Wir helfen Brandenburg. Kein Land tut in den neuen Ländern mehr als wir. Da haben wir Vorbild- und Vorreiterfunktion.

Ich nenne noch einmal die Flüchtlingspolitik, die Bund-Länder Finanzbeziehungen. Bei den Fragen, wie Länder und Gemeinden ihre Interessen gegenüber dem Bund wahrnehmen, setzen wir Akzente.

Seht Euch die Energiepolitik an: Der THTR in Hamm ist abgeschaltet. Der Schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. Das sind praktische Schritte auf dem Weg zu einer Energieversorgung ohne Atomkraft. Ich kenne viele Länder, die haben sehr Vieles beschlossen, aber ich kenne kein Land, das so praktisch und konsequent gehandelt hat beim Ausstieg aus der Kernenergie wie Nordrhein-Westfalen.

Ich will das gewachsene politische Gewicht weiter mehren und einsetzen im Interesse des Landes. Das gilt nicht nur für die Landesregierung, das gilt auch für die Landespartei.

Die Erneuerung der traditionellen Industrieregionen, das ist die Aufgabe der Landespolitik. Der strukturelle Wandel in den Bergbauregionen wird sich aufgrund der weiteren Anpassungen im Steinkohlebergbau noch einmal beschleunigen.

Am Tage nach den Entscheidungen über die künftige Kohlepolitik haben wir einen Handlungsrahmen für die Kohlegebiete beschlossen für die Regionen Aachen-Heinsberg, Kamp-Lintfort, für die Emscher-Lippe-Region und das östliche Ruhrgebiet einschließlich der Stadt Ahlen. Im Januar werden wir vier Regionalkonferenzen machen. Zusätzlich zu den bestehenden Fördermöglichkeiten werden wir von 92-95 etwa eine Milliarde einsetzen, ohne die Verschuldung zu erhöhen, weil wir diese Mittel aus einer wahren schmerzhaften aber dringend nötigen Überprüfung der Förderprogramme des Landes gewinnen konnten. Andere reden von Subventionsabbau, wir machen damit ernst - und zwar nicht nach der Rasenmähermethode. Wir erwarten, daß auch die Bundesregierung den weiteren Strukturwandel mit einem Sonderprogramm fördert, das wir dann in unseren Handlungsrahmen einbeziehen wollen. Hier könnte doch der Bundeswirtschaftsminister einmal zeigen, daß Strukturwandel etwas anderes ist als Kahlschlag, daß es sich um eine politische Gestaltungsaufgabe handelt und nicht um Interviewkriege gegen Arbeitnehmergruppen.

Hermann Heinemann hat das Thema Krupp/Hoesch schon angesprochen. Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche geführt und ich bin froh über den Eindruck, daß Mißverständnisse und Irritationen weitgehend ausgeräumt sind. Mitte November habe ich in einer Regierungserklärung im Landtag ausführlich Stellung genommen. Darum will ich auch hier den einen Aspekt der Montanmitbestimmung ansprechen.

Die Montanmitbestimmung darf bei den Verhandlungen zwischen Hoesch und Krupp nicht ausgehebelt werden. Wir treten für die Montanmitbestimmung nicht nur in diesem Falle ein. Wir verteidigen sie auch gegen juristische Angriffe, wie z. B. die der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. Die Montanmitbestimmung gilt heute in den Unternehmen weiter, die wie viele diese Form hatten und bei denen mindestens 20 % der Umsätze im Montanbereich sind. Dagegen wird geklagt von der Schutzvereinigung. Wir glauben, diese Regelung entspricht der Verfassung und wer die Montanmitbestimmung in den Ruf der Verfassungswidrigkeit bringt, der kündigt den Grundkonsens, den es gegeben hat seit Anbeginn der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden einen Bevollmächtigten beauftragen, in diesem Sinne gegenüber dem Verfassungsgericht Stellung zu nehmen.

Die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes erschwert und gefährdet unseren Konsolidierungsprozeß. Es gab deutliche Einschnitte, schon vor der deutschen Einheit, durch die dritte Stufe der Steuerreform. Wir hatten 1990 ein Minus bei den Lohnsteuereinnahmen von 3,2 % und damals konnte man die Belastungen durch die deutsche Einheit schon sehen.

Auf dem Landesparteitag in Köln am 18. November hatte ich vorgeschlagen, auf die dritte Stufe der Steuersenkung zu verzichten und dieses Geld zu nehmen für den wirtschaftlichen Aufbau der damaligen DDR. Die Bundesregierung ist einen anderen Weg gegangen. Sie hat zuerst die Steuern gesenkt und sie in diesem so drastisch erhöht, daß es den Bürgern kaum noch zumutbar ist, diese Summe von Steuern und Abgaben.

Das war kein Beispiel solider Politik, sondern das war ein Beispiel für unsoziale Verteilung, für Umverteilung von unten nach oben. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, rechnet man Steuerentlastung und Steuererhöhung zusammen, dann sind die Einkommensbezieher unter 45.000 Mark im Jahr die Verlierer und die über 80.000 Mark die Gewinner dessen, was die Bundesregierung tut.

Diese Finanz- und Steuerpolitik geht auch an die Substanz von Ländern und Gemeinden. Darum haben wir im Vermittlungsausschuß so hart gestritten, weil wir die soziale Schieflage nicht wollen und weil wir keine Schieflage wollen zu Lasten von Ländern und Gemeinden. Es hat Annäherungen in manchen Punkten gegeben. Ich hoffe, die Einsicht wächst über Weihnachten und Silvester, denn die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes darf nicht zum Hemmschuh für den Strukturwandel werden.

Nordrhein-Westfalen hat getan, was es konnte. Wir sind wieder ein finanzstarkes Land. Wir liegen über der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder. Kein anderes Land hat im letzten Jahrzehnt so sparsam gewirtschaftet wie wir. Die Gesamtausgaben im Landeshaushalt sind bei uns um 31,5% gestiegen in den 10 Jahren. In den anderen Flächenländern Jahren um 49,4%. Wir haben mit 38,6% die niedrigste Personalausgabenquote der großen Flächenländer. Kein Land hat beim Abbau der Neuverschuldung ähnliche Erfolge aufzuweisen wie wir. Aber dann darf es auch nicht so sein, daß der Bund unsere Anstrengungen immer wieder zunichte macht.

Auch unsere schärfsten Kritiker müssen doch zugestehen: Wir haben den Strukturwandel in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangebracht.

Seit dem Tiefststand der Beschäftigung 1984 hat die Zahl der Beschäftigten um 751.000 zugenommen; davon haben vor allem Frauen profitiert. Das Ruhrgebiet zählt trotz Arbeitsplatzverlusten bei Kohle und Stahl zu den Arbeitsmarktgewinnern. Es hat knapp 100.000 Beschäftigte mehr. Wir haben den bisher höchsten Beschäftigungsstand mit mehr als 6 Mio. Erwerbstätigen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Höchststand 1987 um mehr als ein Viertel zurückgegangen und der Rückgang im Ruhrgebiet war höher als im Landesdurchschnitt. Es gibt 100.000 Langzeitarbeitslose weniger als vor gut 2 Jahren bei unserem letzten Parteitag.



1990 sind über 17.800 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gegründet worden. Liebe Freunde, das ist mehr als in Bayern und Hessen zusammen und mehr als doppelt so viel wie in Baden-Württemberg. Jede vierte Unternehmensgründung findet in Nordrhein-Westfalen statt.

Der Zuwachs ausländischer Investitionen ist mit einem Plus von 26.7% doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wir sind das exportstärkste Land. Über 28% aller Exporte der alten Länder entfallen auf uns, 60% dieser Exporte gehen in die Länder der Gemeinschaft.

Wir sind attraktiv für Großunternehmen, 46 der 100 größten sind hier; wir sind attraktiv auch für kleine und mittlere Unternehmen, vom Kiosk bis zum Konzern haben wir über 500.000 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

Deutlicher Aufschwung beim Handwerk: Ein Umsatzplus von 13.7% , ein Beschäftigungszuwachs von 3.7%.

Liebe Freunde, das sind Zahlen, Daten und Fakten, von denen wünschte ich mir, daß wir sie nicht nur alle zur Kenntnis nehmen, sondern daß wir sie auch im ganzen Land verbreiten, daß wir sie den Menschen sagen, denn sie sind ein Zeichen positiver Entwicklung.

Es liegt hinter uns ein schwieriges, ein in vieler Hinsicht auch außergewöhnliches, Jahr. Wir hatten uns im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode nämlich viel vorgenommen und andere haben uns noch Zusätzliches aufgepackt.

Ich möchte ohne Anspruch auf Vollständigkeit ein paar Themen nennen: Kindertagesstättengesetz, Garzweiler II, die Gutachten zur Schulorganisation und seine Konsequenzen, die Zukunft der Steinkohle, die Reform der Gemeindeordnung, das schon genannte Thema Krupp/Hoesch. Soweit es im Augenblick möglich und sinnvoll ist, haben wir alle notwendigen Entscheidungen getroffen. Ich kann mich nicht erinnern, und ich bin seit 21 Jahren in der Landesregierung, daß wir jemals in so kurzer Zeit so viele wichtige Entscheidungen treffen mußten. Wenn ich da manchmal Norbert Blüm drüben von Bonn über Nordrhein-Westfalen reden höre, dann frage ich: Nobbi, wann kommt denn endlich die Pflegeversicherung? Ihr müßt auch mal was entscheiden in Bonn!

Es hat vor der Sommerpause Irritationen gegeben, aber jetzt kann sich das Ergebnis des Kindertagesstättengesetzes sehen lassen. Da ist nicht jede Wunschvorstellung verwirklicht worden, aber wir sollten deutlich machen: Kein Land tut so viel für Kindergärten wie Nordrhein-Westfalen.

Wie gründlich und wie gewissenhaft wir den Antrag auf Genehmigung des Anschlußtagebaus Garzweiler II geprüft haben, das kann ich hier gar nicht im einzelnen darstellen. Aus ökologischen und aus sozialen Gründen haben wir die beantragte Fläche um ein Drittel verringert. Und wir haben deutlich gemacht: Für uns gibt es einen unauflöselichen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft des Unternehmens den Kraftwerkspark ökologisch umzurüsten und der Genehmigung von Garzweiler II. Das hängt zusammen.

Wir brauchen nämlich modernste Technik für den sparsamen Umgang mit Energie. Das ist praktischer Klimaschutz. Darum werden wir Anfang des kommenden Jahres in einem Klimabericht umfassend darstellen, welche Schritte die Landesregierung zum Schutz der Erdatmosphäre für nötig hält. Da wird sich zeigen, das betrifft weit mehr als die Energiepolitik. Da geht es um Umorientierung im Verkehrsbereich, beim Bauen, in der industriellen Produktion, übrigens auch in Konsumverhalten eines jeden Einzelnen.

Ich habe schon gesprochen über die Konsequenzen aus den Entscheidungen der Kohlerunde.

Es gab zusätzliche Belastungen durch die Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni, die sogenannte Hauptstadtentscheidung. Die Landesregierung, die große Mehrheit der Sozialdemokraten hatten für eine andere Entscheidung gekämpft. Ich habe mich darüber gefreut, daß es in der SPD-Bundestagsfraktion eine Mehrheit für Bonn gab, aber die Entscheidung, die getroffen worden ist, haben wir selbstverständlich akzeptiert.

Wir wollen die föderale Vielfalt erhalten, wir wollen den Föderalismus im Blick auf den europäischen Einigungsprozeß stärken.

Was die Bundesregierung in dieser Woche beschlossen hat, geht in die richtige Richtung. Das bietet Ansatzpunkte für neue Entwicklungen, das bringt Chancen, neue Institutionen, aber auch private Investitionen nach Bonn zu holen. Wir werden unseren Beitrag leisten, aber die Bundesregierung muß jetzt schnell entscheiden, auch über die Verlagerung von Einrichtungen nach Bonn und über die Ausgleichsleistungen. Auch Nordrhein-Westfalen wird seinen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Bonn unter Region leisten. Es muß aber klar sein: Für die Folgen des Beschlusses vom 20. Juni gilt das Verursacherprinzip.

Liebe Freunde, ein wichtiges Thema dieses Jahres, und manche erwecken den Eindruck, wir hätten kein anderes Thema, war die Frage: Wie wollen wir die Kommunalverfassung veränderten Bedingungen anpassen? Was wollen wir ändern, weil es reformbedürftig ist? Was wollen wir belassen, weil es sich bewährt hat? Darüber werden wir morgen diskutieren und entscheiden.

Ich will aber doch ein paar Bemerkungen dazu machen:

Im Siegener Wahlprogramm und in der Regierungserklärung haben wir angekündigt, Vorschläge zu machen. Denn es ist ja wahr: Kommunalpolitik kann die vor ihr liegenden Chancen und Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn sich die kommunalpolitische Praxis nicht zu sehr von der geschriebenen Verfassung entfernt.

Ich halte es freilich für falsch und für völlig verkürzt so zu tun, als stünden sich bei uns Reformbefürworter und Reformgegner gegenüber. Es geht um die Frage, welche Reformen wir wollen und wie wir sie zustandebringen.

Seitdem Herbert Schnoor zwölf Empfehlungen veröffentlicht hat, haben wir in allen Bezirken, in den meisten Unterbezirken, in vielen Ortsvereinen breit und intensiv diskutiert. Vieles war sehr schnell unstreitig.

Wir wollen mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen. Wir wollen einen Abbau staatlicher Genehmigungsvorbehalte. Wir wollen das Recht der Gemeinden auf wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung sichern. Wir wollen beitragen zur Gleichberechtigung und dazu, daß sie Wirklichkeit wird. Wir wollen das Haushaltsrecht modernisieren. Wir wollen die Ehrenamtlichkeit des Mandats und den Status der Fraktionen sichern.

Es stehen weitere wichtige Reformen an. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, an der Gestaltung des Gemeindelebens mitzuwirken, also Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Kommunalverfassung verankern. Das ist auch ein Auftrag unseres Berliner Programms. Das ist kein Mißtrauen gegen den Rat oder gegen die Repräsentanten der politischen Parteien. Alle Erfahrung zeigt, solche Mitwirkungsmöglichkeiten sind nicht Alternativen zum gewählten Rat, sondern Ergänzung, und darum teile ich die Befürchtung nicht, hier könne es zu einer Aushöhlung der repräsentativen Demokratie kommen. Ich glaube, wir schaffen damit auch die Möglichkeit zu prüfen, ob kleine, aber lautstarke oder einflußreiche Gruppen tatsächlich für eine Mehrheit sprechen oder ob sie nur so tun.

Wir wollen den Rat stärken als das wichtigste Organ der Kommunalpolitik. Er muß das Gremium sein, in dem über die Grundsatzfragen gesprochen, gestritten, entschieden wird. Diese Aufgabe kann er im Augenblick nicht so wahrnehmen, wie das nötig wäre. Auf ihm lastet das Tagesgeschäft, das eher behindert. Aber bürgerschaftliche Selbstverwaltung stärken, die von Menschen gestaltet wird, für die die Politik Berufung ist, aber nicht Beruf, diese Überlastung ist ein Thema.

Wir wollen den Vorrang der Politik wiederherstellen, das Kontrollrecht gegenüber der Verwaltung sichern, darum die Idee eines Hauptausschusses als Stadtausschuß.

Wir wollen klare Verantwortlichkeit für die politische Leitung der Gemeinden und für effizientes Verwaltungsmanagement. Wir müssen erfüllen, was unser Berliner Grundsatzprogramm sagt: "Eine starke kommunale Selbstverwaltung braucht eine moderne Verwaltung unter politischer Führung und Kontrolle."

Ich will jetzt nicht eingehen auf die öffentliche Diskussion über das Wahlverfahren für das Amt des Bürgermeisters (ich werde mich morgen daran beteiligen).

Wer diese Frage durch ein Volksbegehren beantworten lassen will, der ist herzlich willkommen. Wenn aber ausgerechnet die Partei damit winkt, die jede direkte Bürgerbeteiligung so scheut wie der Teufel das Weihwasser, und die nicht einmal eine Volksabstimmung über das Grundgesetz zulassen will, dann fällt es mir jedenfalls schwer, ernst zu bleiben.

In den letzten Monaten, liebe Freunde, hat kein Thema uns so sehr beschäftigt, wie die Zukunft unseres Schulwesens. Ich finde das gut und ich finde das wichtig. Es ist gut, daß Bildungspolitik wieder ein großes Thema wird, nachdem sie nach der Phase der Hochkonjunktur in den 60er und 70er Jahren, in den 80er in eine Flaute geraten schien. Vielleicht hat das auch damit zu tun, daß wir in der Zeit unserer Regierungsverantwortung einen in der deutschen Geschichte und - ich weiß, was ich sage - einmaligen Ausbau des Bildungssystems vorangetrieben haben. Ich erinnere daran: 1966, 2,7 Mio. Schüler und 73.000 Lehrerinnen und Lehrer. Heute 2,6 Mio. Schüler und 158.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen nämlich die Reformideen der 60er und 70er Jahre nicht nur in Bücher geschrieben, sondern wir haben sie als konkretes Angebot verwirklicht: Die Hauptschule, die 10jährige allgemeine Schulpflicht und die Gesamtschule. Wir haben heute ein modernes, ein vielfältiges Schulwesen. Wir werden um die Ergebnisse dieses Schulwesens überall in Europa eher beneidet als kritisiert. Das weiß nur die Opposition nicht.

Es ist kein Zufall, wenn das Nachrichtenmagazin Newsweek in seiner Titelgeschichte am 2. Dezember über die zehn besten Schulsysteme der Welt die Sekundarstufe II und die Lehrerbildung in Deutschland weltweit am besten findet und sich dabei auf die Praxis in Nordrhein-Westfalen bezieht.

Es ist kein Zufall, wenn über 75 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder das nordrhein-westfälische für gut halten. Dennoch bin ich dafür, die Diskussion über die zukünftige Bildungspolitik unter den Bedingungen des vereinten Deutschlands und eines offenen Europas aufzunehmen und sich an die Spitze dieser Diskussion zu stellen.

Es fügt sich ja hervorragend, daß wir mit dem sog. "Kienbaum-Gutachten" und mit unserer interministeriellen Projektgruppe soviel Informationen zur Schule haben wie kein anderes Land. Wir haben schnell, konsequent und an pädagogischen Maßstäben orientiert, die Empfehlungen der Gutachter umgesetzt, schneller als viele geglaubt haben. Schon in diesen Beschlüssen steckt einiges, das unser Schulwesen erheblich reformieren wird. Ich nenne die Neuordnung der Schulaufsicht und die verbindliche Schulentwicklungsplanung. Beides kann die Qualität des Schulangebots erheblich

verbessern und die Kommunalpolitik in eine erweiterte Verantwortung und in neue Aufgaben bringen. Wir sollten diese Chance bedenken.

Laßt uns gemeinsam den jetzt begonnenen Weg der schrittweisen Reformen weitergehen. Laßt uns nicht ausweichen. Von der Opposition ist dazu nichts zu hören und nichts zu sehen, außer im Blick zurück. Eine Partei in der Regierungsverantwortung kann sich das nicht leisten.

Aber Freunde, das heißt nicht, auf die bildungspolitische Zukunftsdiskussion zu verzichten, aber sie darf die aktuellen notwendigen Reformen nicht behindern.

Ich selber sehe Schulpolitik heute auch anders als vor 30 Jahren, als ich in dem zuständigen Fachausschuß saß. Meine Frau war in einem englischen Internat mit sehr viel Sport und Charakterbildung. Meine beiden Kinder gehen in eine moderne Grundschule. Meine eigene Schulerfahrung ist vom traditionellen Gymnasium geprägt, angefangen beim altsprachlichen bis später zum mathematisch-naturwissenschaftlichen.

Die Schulen verändern sich ständig, ob wir das wollen oder nicht. Selbst die Schüler sind anders, als wir das früher waren. Da wirkt der Einfluß der geheimen Miterzieher, der Medien, hier wirkt sich die Konsumorientierung unserer gesamten Gesellschaft aus. Was ist mit den Problemen der Aggressivität, die es ja nicht nur an der Hauptschule gibt?

Viele Lehrer sind an Erfahrungen reicher und an Reformhoffnungen ärmer.

Viele Eltern sind erwartungsvoller und selbstbewußter. Denn viele Eltern haben mit ihren Entscheidungen den Gang der Schulentwicklung stärker bestimmt als wir Politiker. Das sieht man am Rückgang der Nachfrage bei der Hauptschule, am Zuwachs der Nachfrage nach Gesamtschulen und Gymnasien.

Wer an die künftige Bildungspolitik und vor allem an die Schulstruktur der Zukunft denkt, der muß wissen, er entscheidet über die Ausbildung zukünftiger Generationen. Da braucht man Ruhe, Weitsicht, Besonnenheit.

Hier demonstrieren heute Abendrealschüler. Hans Schwier und Gisela Gebauer-Nehring sprechen mit ihnen. Weil das in der Zeit geschieht, in der ich hier zu reden habe, will ich hier nur sagen: Für uns steht der zweite Bildungsweg nicht in Frage. Wer sollte denn für den zweiten Bildungsweg eintreten, wenn nicht wir? Hier ist die Frage, ob das Doppelangebot von Abendrealschule und Volkshochschulen auf Dauer vernünftig ist.

Deshalb haben wir von der Absicht gesprochen, die Aufgaben der Abendrealschule auf längere Sicht mit Unterstützung des Landes auf die Volkshochschulen zu übertragen. Aber die, die jetzt auf der Abendrealschule sind, können natürlich da ihren Abschluß machen. Und weil es auch einige Mißverständnisse gibt, sage ich, mein Wort gilt: Wir diskutieren über die Abendrealschulen, aber das Abendgymnasium bleibt.

Die Schullandschaft ist noch vielfältiger geworden. Die Bildungswege sind in den vergangenen Jahren noch undurchschaubarer geworden. Die Wahl der Schulformen hat sich verschoben. Aber mir scheint manche Aufgeregtheit ein bißchen übertrieben.

Ich finde es paradox, wenn wir bei der Diskussion über die Zukunft darauf setzten, der wachsenden Problemvielfalt mit einer Einfachheit von Modellen genüge zu tun. Und darum kann ich nicht empfehlen, die Diskussion über die Zukunft der Schulen auf die Frage nach den "Säulen" oder den "Stufen" zu beschränken.

Es sind ganz andere Fragen zu beantworten: Wie sollen sich die Bildungsangebote in Deutschland entwickeln? Welche Qualifikationen brauchen wir in der Zukunft? Wie sieht es aus mit der Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen in Europa? Wie sieht es aus mit dem Austausch von Erfahrungen zwischen öffentlichem und privatem Schulwesen? Könnte nicht manche öffentliche Schule von Waldorfschulen lernen und umgekehrt? Wir müssen diese Diskussion suchen, nicht bloß den Vergleich von Nordrhein-Westfalen zu Bayern oder Thüringen. Wir sprechen doch über eine Schülergeneration der Zukunft, die ihr Taschengeld in Ecu kriegt. Und dann brauchen wir eine europäische Diskussion.

Alle halten sich für sachverständig, die selber einmal in die Schule gegangen sind, aber ohne den Sachverstand der Wissenschaftler verschiedener Disziplinen werden wir nicht auskommen. Notwendiger Konsens der demokratischen Parteien braucht Zeit. Er braucht ein Entscheidungsdatum, ungehindert von Wahlterminen. Darum rate ich, daß wir die jetzt vorliegenden Papiere intensiver beraten als bisher, und daß wir europäisches Bewußtsein und europäischen Horizont in die Diskussionen einbringen.

So schnell werden sich die 16 Länder nicht verständigen.

Ich will deshalb für Nordrhein-Westfalen eine Kommission berufen, in der Wissenschaftler und Experten, auch aus anderen europäischen Staaten, ihre Vorstellung für die Schule der Zukunft entwickeln.

Wir wollen die Erfahrung des Deutschen Bildungsrates, des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen nutzen. Wir müssen den Bezug zur Lehrerausbildung, zum Hochschulzugang bedenken, aber wir dürfen die Gegenwartsaufgaben nicht vernachlässigen. Wir müssen jetzt unsere Schulorganisation verbessern, wir müssen jetzt den Lehrern helfen mit den aktuellen Problemen fertigzuwerden. Dazu kommt eine große Last, das ist die, daß manche Erwachsene dazu neigen, alle Probleme am Schultor abzugeben. Wo immer es ein gesellschaftliches Defizit gibt, erklingt gleichzeitig der Ruf nach der Schule. Das gefährdet die eigentlichen Aufgaben der Schule und der Lehrer und der Schüler. Wenn wir über das künftige Bildungswesen diskutieren, gehören diese Fragen in den Mittelpunkt.

Es geht doch in der Schule um mehr als um Wissen und Können, es geht um Haltungen, um Überzeugungen, um Einsichten und Werte, damit aus Schülern orientierungsfähige Bürger werden, die die Zukunft ihres Landes mitgestalten können. Ich bin sicher, daß wir die Eltern dafür gewinnen, uns auf diesem Weg der Erneuerung zu begleiten.

Liebe Freunde, zu den schwierigsten Aufgaben einer Partei, die Regierungsverantwortung trägt, gehört es, sich im Tagesgeschäft nicht so zu verschleißen, daß die Kraft für Neues fehlt. Erfolgreiche Tagespolitik darf den Blick in die Zukunft nicht verstellen. Wir müssen das Gespür haben für neue Entwicklungen und für neue Aufgaben. Denn es gilt auch für Parteien: Wer auf der Stelle tritt, der fällt zurück. Wenn wir weiter erfolgreich sein wollen, dann müssen wir aus der Erfahrung neue Wege entwickeln. Wir haben das in den vergangenen 25 Jahren immer wieder geschafft.

Wenn wir nicht satt und selbstzufrieden werden, dann habe ich um die Mehrheitsfähigkeit der SPD in Nordrhein-Westfalen keine Sorgen. Wir dürfen aber um Himmelswillen nicht zu der Vermutung Anlaß geben, nichts sei uns wichtiger als wir selber. Wenn wir diesen Eindruck erwecken, dann stärkt das nur eine Partei, die der Nichtwähler. Wir müssen auf allen Ebenen, in den Gemeinden, im Land, im Bund und in Europa praktisch deutlich machen: Die SPD ist keine geschlossene Gesellschaft, sie ist offen für Anstöße von außen.

Das gelingt uns nur, wenn wir noch stärker als bisher neue Formen der Parteiarbeit finden. Wir haben im zurückliegenden Jahr unter dem Stichwort "Modernisierung der SPD" im Landesvorstand, im Landesausschuß mehrfach Überlegungen diskutiert, die eine Arbeitsgruppe, die wir eingesetzt hatten, aufgeschrieben hat. In der Bundespartei gibt es gleiche Diskussionen. Vordringlich scheint mir die Reform der täglichen Parteiarbeit und die Arbeitsgruppe macht dazu eine Reihe von Vorschlägen. Öffnung für neue Themen, für neue Gruppen, für neue Formen, das darf man nicht vergessen. Betriebliche Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschafter müssen feste Ansprechpartner sein. Auch in dieser Beziehung hat sich manches geändert. Wir haben uns geändert, aber auch die Gewerkschaften sind in Bewegung.

Ein anderes Thema, daß uns beschäftigt, ist das Verhältnis zwischen Landesverband und den vier Bezirken. In Bayern haben sich unsere Freunde gerade für einen starken Landesverband entschieden. In Nordrhein-Westfalen praktizieren wir seit 20 Jahren die Kooperation zwischen den Bezirken und dem Landesverband. Es hat sich bewährt.

Wir haben uns ja auch über mangelnden Erfolg nicht zu beklagen. Bei der Landtagswahl nach unserem letzten Parteitag haben wir zum dritten Mal die absolute Mehrheit erreicht, die 50 % vom 13. Mai. Bei vier Parteien im Landtag sind 50 % politisch noch viel gewichtiger als die 52,1 % von 1985. Und ich denke hier ist der Punkt, wo ich Bodo Hombach danke, nicht nur für sein politisches Gespür, für seine Fähigkeit als Kommunikator, sondern für seine politische Gestaltungskraft und für das, was er uns an Kampagnenfähigkeit vermittelt hat. Ihm und Reinhold Mars, den ich jetzt nicht sehe, möchte ich herzlich danken, für die Jahre der Zusammenarbeit, die uns geholfen haben.

Es hat in den letzten Wochen manche Schlagzeile gegeben, die hat mir auch keine Freude gemacht. Wir hatten eine Schwächephase, jedenfalls im öffentlichen Erscheinungsbild und in der öffentlichen Wahlnehmung. Ich habe viele Artikel gelesen und viele Kommentare. Manchmal habe ich mich schrecklich geärgert. Am interessantesten fand ich, was ich nicht gelesen habe. Ich habe nämlich in den ganzen Berichten und Kommentaren nicht einmal die Behauptung gefunden, die Opposition im Landtag könnte es besser als wir. Das ist keine Genugtuung, das ist eine Herausforderung. Wir haben nämlich besondere Verantwortung, weil die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen uns mehr zutrauen, als anderen Parteien und Fraktionen im Lande.

Wir haben besondere Verantwortung, weil die Opposition nicht in der Lage ist und anscheinend auch gar nicht mehr den Willen hat, eine inhaltliche Politik zu formulieren. Die Landtagskolleginnen und Kollegen könnten Euch das mal erzählen, wie das da zugeht. Die verhalten sich immer mehr wie Splitter- und Protestparteien. Das Klima der politischen Auseinandersetzung ist schlechter geworden, persönliche Herabsetzung wird nicht mehr als Regelverstoß wahrgenommen, es gibt Beleidigungen, es gibt billige Gags, es gibt Mätzchen, es gibt zu wenig Auseinandersetzungen in der Sache. Es ist ein Irrtum zu glauben, das schade nur den Verursacher. Das fällt auf alle Parteien zurück und schadet der Demokratie.

Die CDU fällt in die alten Muster zurück: Zerrbilder von der Wirklichkeit des Landes. 1985 sind sie mit dem Möbelwagen in den Keller gefahren, 1990 haben sie wirklich geglaubt, sie könnten uns politisch und moralisch mit der DDR-Führung in Verbindung bringen. Am Bewußtsein der Menschen geht das vorbei. Vielleicht sind die Attacken der CDU auch deshalb so unsachlich, weil sie merkt, die Sozialdemokraten packen die Probleme selber an. Wir leugnen die Probleme nicht und die Defizite, sondern wir beseitigen sie.

Was die F.D.P. angeht, ich kenne ja noch die große, liberale Kraft, die auch Partner war. Jetzt habe ich manchmal den Eindruck, daß sie ein Vorstadt-Variété gibt. Wenn man sich manchen Text ansieht, scheint das Motto zu sein: Lieber ein schlechter Gag als ein guter Vorschlag. Ich nehme die F.D.P. allerdings in einer Sache in Schutz: Diese Filzlappen am vergangenen Sonntag, ich kann Euch

versichern, diese Filzlappen waren aus den eigenen Beständen der F.D.P. Die hatten noch so viele aus der Zeit, in der sie uns damals mit ihren personalpolitischen Problemen behelligt haben.

Die Grünen verheddern sich in Kleinen Anfragen. Also Schönes gibt es da im Augenblick nicht.

Da gibt es in den letzten Wochen immer wieder Spekulationen über meine berufliche Zukunft. Manchmal ist es rührend, wie viele versuchen, sich meinen Kopf zu zerbrechen. Dazu gibt es keinen Anlaß. Ich hoffe, Ihr spürt das. Ich spreche von den großen Herausforderungen und den großen Chancen für unser Land in den kommenden Jahren. Die Arbeit in Nordrhein-Westfalen ist für mich reizvoller denn je zuvor. Keine Spur von Routine. Jeder Tag bringt Neues und Unbekanntes. Ich sehe meinen Platz in Nordrhein-Westfalen. Ich will für unser Land Politik gestalten, und wenn ich denn gesund bin und wenn die Partei das will, über 1995 hinaus. Wir wollen auch 1995 wieder die eigene Mehrheit. Einige sagen, Demokratie lebe vom Wechsel. Das ist ein Irrtum. Demokratie lebt von der Mehrheit und von der Möglichkeit der Minderheit, Mehrheit zu werden. Das ist etwas ganz anderes. Das ist deshalb was anderes, weil die Minderheit das nämlich packen muß, gestalten muß, und nicht nur immer gegen eine Wand anrennen darf.

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen vertraut uns. 1980 waren es 48,6 %, dann 52,1 %, dann 50 %. Keiner dieser Wähler ist unser persönliches Eigentum. Die gehören uns nicht. Der Begriff Stammwähler ist mißverständlich. Die muß man immer wieder gewinnen, überzeugen durch glaubwürdiges Reden und Tun. Diese Mehrheit will, daß wir Sozialdemokraten die Politik in diesem Land gestalten. Sie hält nichts von einem politisch ungedeckten Wechsel.

Nun liegen zwei wahlfreie Jahre vor uns. Da könnte man ja mal den Traum realisieren, den ich geträumt habe, als ich Anfang des Jahres einen runden Geburtstag hatte, als ich meiner Frau gesagt habe: Jede Woche einen freien Tag, das verspreche ich Dir. Jetzt sage ich, wenigstens im Monat ein freier Tag. Aber glaubt nicht, zwei wahlfreie Jahre wären dazu da, daß wir uns einmal ausruhen. Glaubt nicht, zwei wahlfreie Jahre gäben uns jetzt die Chance, uns endlich mit uns selber zu beschäftigen. Es geht jetzt darum, altes Vertrauen zu festigen und neues Vertrauen zu schaffen. Diese zwei Jahre müssen ein Trainingslager werden, damit wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Damit wir die Fundamente dafür legen, wieder die Mehrheit zu gewinnen.

Erneuerung in der Verantwortung: Bernd Kasperek, Ernst-Martin Walsken haben die Geschäfte des Landesverbandes übernommen. Birgit Fischer hat in der Landtagsfraktion eine wichtige und nicht leichte Aufgabe. Aber wir stehen vor einem Wechsel, der ist wirklich ein Einschnitt. Antje Huber hat 21 Jahre im Landesvorstand mitgemacht, ist seit 14 Jahren meine Stellvertreterin; hat unsere Arbeit geprägt. Wir werden im Laufe des Parteitages noch davon sprechen. Sie gehört zu den Frauen ihrer Generation, die sich verzehrt haben für die Ideale unserer Partei. Sie hat wichtige Aufgaben wahrgenommen in der Bundesregierung, in der Bundespartei, in der Landespartei. Mir fällt es schwer, sich unsere Arbeit ohne Menschen wie sie vorzustellen. Antje wir danken dir, die deutsche Sozialdemokratie dankt Dir. Man darf der Tagesordnung nicht vorgreifen, die ich ohnehin durcheinander bringe. Der Landesvorstand schlägt Euch auf meine Anregung vor, Gabi Behler als Nachfolgerin von Antje Huber zu wählen. Gabi, das ist keine leichte, aber eine schöne Aufgabe.

Unser Einsatz zahlt sich aus für Nordrhein-Westfalen. Das ist mir Händen zu greifen, auch wenn es ein paar Artikel und Interviews gegeben hat, die nicht unbedingt völlig unverzichtbar waren.

Die Negativbotschaften von vor einigen Jahren sind längst weg. Längst redet man nicht mehr vom Niedergang, nicht vom technologischen Rückstand, nicht von der Finanzschwäche im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Nordrhein-Westfalen ist ein technisch führendes und finanzstarkes Land. Wir sind Spitze in der Umweltindustrie und bei der Entwicklung neuer Umwelttechnologien. Der Medienstandort Nordrhein-Westfalen sucht in Europa seinesgleichen. Der neue Rohstoff Forschung stimuliert die Wissenschaft und die Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen ist ein Investitionsstandort erster Güte.

Seit Ende der 80er Jahre ist aus dem meßbaren ökonomischen Erfolg auch ein psychologischer Durchbruch geworden. Das neue Bild von Nordrhein-Westfalen, das kann man erkennen: Aufbruchstimmung, Zuversicht, Zukunftsgewißheit. Laßt uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, daß unser Land sich zum Besseren verändert.

Glück auf, Nordrhein-Westfalen!